Grossbanken halten Deckel auf den Boni

ABZOCKER UBS und Credit Suisse legen in den nächsten Tagen ihre Jahresabschlüsse vor. Die Vergütungsberichte zu Löhnen und Boni folgen Mitte März, also erst nach der Abzockerabstimmung.

BALZ BRUPPACHER
wirtschaft@luzernerzeitung.ch



Es ist ruhiger geworden um die Boni der Banker. 2009 protestierten die Juso vor der UBS und der Credit Suisse auf dem Zürcher Paradeplatz. Keystone/Urs Jaudas

UBS und Credit Suisse (CS) waren zwar nicht der unmittelbare Anlass für die Lancierung der Abzockerinitiative durch Thomas Minder. Der gescheiterte UBS-Boss Marcel Ospel wurde aber zum Inbegriff des Boni-Bankers. Der nach wie vor amtierende CS-Konzernchef Brady Dougan war ein Empörungsfaktor sondergleichen, als er 2010 beim Auslaufen eines fünfjährigen Bonusprogramms 71 Millionen Franken kassierte.

Die Grossbanken-Boni werden aber aus zwei Gründen nicht zum ganz grossen Aufreger in der Schlussphase des Abstimmungskampfs über die Minder-Initiative. Zum einen publizieren die beiden Grossbanken ihre Vergütungsberichte traditionsgemäss erst einige Wochen später, das heisst nach der Abstimmung vom 3. März. Zum anderen sind UBS und Credit Suisse bei ihren Vergütungssystemen noch einmal über die Bücher gegangen. Ziel ist eine höhere Akzeptanz bei den Aktionären. Letztes Jahr lehnten in den Konsultativabstimmungen 31 Prozent der CS-Aktionäre und sogar 37 Prozent der UBS-Aktionäre die Vergütungsberichte ab.

Kritik an Finma verstummt

Ruhig geworden ist es in der Abzockerdebatte um die Rolle der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht Finma. Das war auf dem Höhepunkt der Finanzkrise ganz anders. «Trotz Staatshilfe 2 Milliarden Boni bei der UBS», lauteten die Schlagzeilen Anfang 2009. Die Empörung richtete sich gegen die Aufsichtsbehörde. Denn sie hatte im Zuge des staatlichen Rettungspakets für die UBS die undankbare Aufgabe gefasst, die Vergütungen der Grossbank vorübergehend zu überwachen und zu bewilligen.

Seit Anfang 2010 ist ein Rundschreiben der Finma über die Vergütungssysteme in Kraft. Entgegen ersten Plänen gelten die Regeln aber nicht branchenweit, sondern bloss für Banken und Versicherungen, bei denen die Eigenmittelanforderungen 2 Milliarden Franken übersteigen. Das sind zurzeit rund 10 Institute. Mehr Aufsehen erregte damals aber der Verzicht auf eine Lohnobergrenze. «Es war nie Ziel des Finma-Rundschreibens, Einfluss auf die Höhe der Einzelvergütungen zu nehmen», sagt Finma-Sprecher Tobias Lux und fügt hinzu: «Es ist nicht an der Finma zu entscheiden, wie hoch die Löhne bei Banken und Versicherern sein sollen.»

Aufseher machen Fortschritte aus

Ziel der Regulierung ist es laut dem Sprecher vielmehr, «dass durch die Vergütung keine Anreize geschaffen werden, die dazu führen, dass unangemessene Risiken auf Kosten des Instituts und deren Stakeholder eingegangen werden». Fortschritte beobachtet die Finma seit dem Erlass des Rundschreibens, indem die Vergütungen heute verstärkt aufgrund von nachhaltigen Kriterien erfolgten. Zudem seien sie stärker an Performance und Risiko gekoppelt. Als typisches Beispiel für diese Fortschritte nennt Lux die breite Einführung aufgeschobener Vergütungen. Und damit verbunden die Möglichkeit, einmal versprochene Vergütungen einzubehalten, wenn sich die wirtschaftliche Lage des Unternehmens verändert oder wenn die Betroffenen die Ziele nicht erreichen. Gehebelte Vergütungsinstrumente wie beispielsweise Optionen seien demgegenüber stark reduziert oder sogar eliminiert worden, sagt der Finma-Sprecher.

«Es ist nicht an der Finma zu entscheiden, wie hoch die Löhne bei Banken sein sollen.»

TOBIAS LUX, FINMA-SPRECHER

Kein weiterer Regulierungsbedarf

Anlass für eine Anpassung der Vergütungsregeln sieht man bei der Finma zurzeit nicht. Auch nicht wegen der Entwicklung auf internationaler Ebene. Auf die nach wie vor schwer verständlichen Vergütungsberichte der Grossbanken angesprochen, verweist Lux auf die Offenlegungspflichten im Rundschreiben. Ein klares und transparentes Reporting sei daneben auch Thema in der laufenden Aufsicht.

Über Höhe und Stossrichtung der neuen Vergütungssysteme wird seit Wochen spekuliert. So berichtete die «Financial Times» schon im letzten Herbst, die UBS erwäge eine Lohnobergrenze einzuführen. Die grösste Schweizer Bank fährt mit der Redimensionierung der Investmentbank jenen Bereich radikal zurück, in dem es zu den grössten Lohnexzessen kam. «Die Diskussionen über die Strategie im Investmentbanking werden einen deutlichen Effekt auf das Entlohnungssystem in den Banken haben – im Allgemeinen und besonders im Investmentbanking», sagte UBS-Präsident Axel Weber Ende Oktober letzten Jahres der «Aargauer Zeitung».

Tiefere Boni erwartet

CS-Präsident Urs Rohner äusserte sich in der «Basler Zeitung» zur Frage eines Lohndeckels ausweichend: «Wir werden unser Lohnsystem für 2012 so anpassen, dass es die Anforderungen, die heutzutage an Lohnsysteme gestellt werden, auf höchster Ebene erfüllt.» Die Zeitung «Sonntag» berichtete inzwischen, die CS werde die Höhe der Boni um einen Fünftel kürzen.

Schiff ahoi – Kreuzfahrtindustrie im Hoch

Gemäss einer kürzlich durchgeführten Umfrage verbringen über 60 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer ihre Winterferien in der Schweiz. Von jenen, die ins Ausland reisen, reist eine zunehmende Zahl ans Meer, um ein Kreuzfahrtschiff zu besteigen.

Der internationale Kreuzfahrttourismus ist ein Sektor der Tourismusindustrie, der seit 1990 stetig gewachsen ist und immer noch überdurchschnittliche Wachstumsraten von jährlich 7 Prozent und mehr aufweist. Der weltweit grösste Kreuzfahrtmarkt ist Nordamerika, wo etwas weniger als die Hälfte des auf total knapp 30 Milliarden Franken geschätzten Jahresumsatzes realisiert wird. Auch in Europa stossen Kreuzfahrten auf zunehmende Beliebtheit. Gemäss dem europäischen Branchenverband legten 2011 jährlich 5,6 Millionen Passagiere von europäischen Häfen ab, und die Branche zählte 2011 europaweit über 315 000 Beschäftigte.

Diese prosperierende Entwicklung bekommen auch die Werften zu spüren, welche die immer grösser werdenden Kreuzfahrtschiffe herstellen. So stehen derzeit in den Auftragsbüchern der europäischen Werften 24 neue Schiffe, die bis 2016 an Reedereien aus aller Welt ausgeliefert werden. Die bestellten Megaliner haben einen Gesamtwert von mehr als 15 Milliarden Franken und bringen über 67 000 weitere Betten auf die Weltmeere.

Warum erfreut sich das Kreuzfahrtgeschäft zunehmend auch unter Schweizerinnen und Schweizern einer wachsenden Beliebtheit? Eine Kreuzfahrt bietet neben dem Komfort, nie seine Koffer packen zu müssen und trotzdem verschiedene Destinationen zu erreichen, viele Attraktionen. Auf den Schiffen gibt es eine Vielfalt an Freizeit-, Wellness- und Erholungsmöglichkeiten, inklusive Spiel- und Betreuungsprogramme für Kinder. Es ist auch nicht mehr so, dass sich das Zielpublikum in erster Linie aus älteren Personen zusammensetzt. Gemäss einer Studie für den US-amerikanischen Markt beträgt das Durchschnittsalter der Kreuzfahrer 46 Jahre (der Durchschnitt der Bevölkerung liegt bei 37 Jahren); die Kreuzfahrer sind weiter relativ gebildeter und verfügen über ein höheres Haushaltseinkommen als der Bevölkerungsschnitt. Auch die Zahl der mitreisenden Kinder ist in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen.

Diese zumindest für die Kreuzfahrtindustrie positiven Entwicklungen dürfen aber nicht über die Probleme dieser Branche hinwegtäuschen. Wie die meisten Formen des Tourismus verursacht auch der Kreuzfahrttourismus Umweltbelastungen. So stammen rund 70 Prozent des Mülls, der in der Tiefe des Mittelmeers lagert, von Kreuzfahrtschiffen. Laut Daten der internationalen Meeresschutzorganisation Oceana werden damit täglich bis zu 4000 Kilogramm Abfall produziert. Statt mit dem vergleichsweise sauberen Dieselkraftstoff zu fahren, verfeuern viele Kreuzfahrtschiffe auf hoher See Schweröl. Während Kreuzfahrtschiffe trotz vorgeschriebener Umweltschutzmassnahmen demnach beträchtlich zur Wasser- und Luftverschmutzung beitragen, schneiden sie jedoch hinsichtlich Landschaftszersiedlung und -zerstörung besser ab als der landseitige Tourismus.

Ein weiterer oft kritisierter Aspekt der Kreuzfahrtindustrie hat mit den Arbeitsbedingungen für die Besatzung zu tun. Rund 70 Prozent aller Beschäftigten arbeiten im Hotel- und Restaurantbereich, wobei die Mehrzahl aus

AUSSICHTEN

Niedriglohnländern, wie zum Beispiel Indonesien, Philippinen oder Indien, stammt. Mit Verträgen von sechs bis zehn Monaten arbeiten sie oft während sieben Tagen die Woche und dabei nicht selten bis zu 15 Stunden pro Tag. Dabei verdienen sie im Schnitt in vielen Positionen weit unter 1000 Franken pro Monat. Weiter leben sie an Bord unter sehr unkomfortablen Bedingungen und sehen ihre Familien während vieler Monate nicht. Dazu bereit sind diese Leute nur, weil sie an Bord viel mehr verdienen, als dies in ihrer Heimat der Fall sein würde, wo sie zudem in vielen Fällen überhaupt keinen Job finden würden.

Sollen wir aufgrund dieser Umstände auf Kreuzfahrten verzichten? Das wäre definitiv der falsche Weg. Denn konsequenterweise müssten wir dann auch auf viele andere Produkte verzichten, die von Menschen in Niedriglohnländern unter vergleichbaren Umständen hergestellt werden. Auf Kreuzfahrtschiffen prallen wie an kaum einem anderen Ort die globalen Gegensätze aufeinander und werden sichtbar. In der Macht des einzelnen Kreuzfahrers liegt aber, etwas Grosszügigkeit walten zu lassen. Konkret bedeutet dies, nicht das billigste Angebot auszuwählen, da erwartungsgemäss bei etwas teureren Schiffsreisen der Druck auf die Löhne und Arbeitsbedingungen etwas geringer ausfällt. Weiter hat der Passagier auch die Möglichkeit, dem Personal seine Wertschätzung für den guten Service mit einem nicht kleinlichen Trinkgeld auszudrücken.



GABRIELLE WANZENRIED
wirtschaft@luzernerzeitung.ch